

Blattentwurf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Blattentwurf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Preis: 10 Pf. monatlich 2.00 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Verlags- und Druckanstalt für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Berenberstraße 14.

Verlagspreis: 12 Groschen für 1. d. Willkommener Straße u. Späher: 70 Groschen für 1. d. Kellerei im Zentel. Illustrationen zu richten nach Halle, Berenberstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegramm-Adr.: Blattentwurf Halle. Postkonto: Commerz- u. Vereinsbank Halle. Verlagskonto: Deutscher Reichsbank Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 23. November 1925

5. Jahrgang * Nr. 261

Die Retter der Deutschnationalen

Sozialdemokratische Arbeiter, das geht Euch an!

Halle, 23. November.

Wir hatten in der Sonabend-Nummer bereits kurz die Erklärung der Sozialdemokratie zur Abstimmung bei der Locarno-Frage veröffentlicht. Sie lautet: Die Sozialdemokratie wird dem Locarno-Vertrag unter allen Umständen zustimmen, auch wenn die Deutschnationalen dagegen stimmen werden. Um diese Entscheidung in ihrer ganzen Tragweite zu erfassen, ist es notwendig, sich zu vergegenwärtigen, wie die Stellung der Sozialdemokratie präzipitiert wurde, als die Deutschnationalen aus der Regierung austraten, um sich von der Ratifizierung dieses Vertrages, den sie selbst angeregt und bis zur Paraphierung in Locarno geführt hatten, zu brüden. Am Dienstag, dem 27. Oktober, veränderte das nationalsozialistische „Volkswort“ mit Wieselenters über die ganze Seite: Keine falschen Hoffnungen! Die Sozialdemokratie lehnt die Rolle des Gelegenheitsausgeheifers ab. Ein Leitartikel des Herrn F. D. S. Schulz unter der Überschrift: „Die Forderung der Stunde“ betraufte diese Schlagzeilen mit den Worten:

„Die Sozialdemokratie müßte von Gott und der Welt verlassen sein, wenn sie den Deutschnationalen und der Luther-Regierung die außenpolitischen Kaskanien aus dem Feuer holte und sich gleichzeitig von diesen beiden Faktoren weiter eine Politik gegen die eigene Partei im Innern Deutschlands gefallen ließe. Es gibt keinen Sozialdemokraten, ganz gleich, wie er auch zu den einzelnen Fragen der Politik stehen mag, der eine derartige sozialdemokratische Entwicklung befürworten würde und befürworten könnte.“

Die nächsten Tage waren mit ähnlichen Neben angefüllt. Am 4. November veröffentlichte das „Volkswort“ auf der ersten Seite eine Rede des außenpolitischen „Spezialisten“ Kubi Breitscheid, aus der wir folgenden Passus wiedergaben:

Herr Luther glaubt vielleicht, daß er äußere Politik mit den Sozialdemokraten, seine innere gegen sie machen könne. Wir haben Herrn Luther bereits im Außerordentlichen Ausschuss erklärt, daß wir keine Veranlassung haben, als Außenbürger für die Deutschnationalen einzutreten. (Beifall und Säuselungen.) Täten wir es, so würden die Deutschnationalen aus dem Bundesvertrage zeichnen, und wenn die Tinte unter dem Vertrag getrocknet ist, werden sie wieder an die Tür der Regierung klopfen und Herr Luther wird erklären, daß in dieser Partei so wertvolle Kräfte schlummern und der Sozialdemokratie keine Wirtschaftspolitik machen könne. Die Deutschnationalen gehen natürlich in die Regierung, weil sie die „Durchführung“ der Verträge überlassen müssen. Dazu dürfen wir es nicht kommen lassen. Wir dürfen daher in diesem Reichstag nicht für die Verträge von Locarno stimmen, wenn die Deutschnationalen nicht auch dafür stimmen. Das bedeutet die Auflösung des Reichstages. Die Bildung der Großen Koalition ist in dieser Lage unmöglich.

Den offiziellen Stempel dieser Politik bildete die Entlassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, in der es heißt:

„Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diese Reichstags den Vertrag von Locarno, in dem sie den größten Erfolg ihrer eigenen außenpolitischen Bestrebungen gegen die deutschnationalen Stimmen realisieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befolgung des Volkes vermittelten der Auflösung des Reichstages.“

Diese einseitige Stellungnahme verleiht ihre Wirkung selbst nicht auf die Demokraten und das Zentrum. Die Demokraten erklären ganz ausdrücklich, genau so wenig wie die Sozialdemokraten, die Vorkämpfer der Deutschnationalen spielen zu wollen. Auch das Zentrum gab eine ähnliche Erklärung ab.

Gegen diese Politik der Sozialdemokraten haben wir nichts einzuwenden gehabt. Wir haben im Gegenteil uns angelegen sein lassen, diese Politik der Reichstagsauflösung auf das Tatsächliche zu unterstützen. Daß wir große Zweifel an der Aufrichtigkeit der sozialdemokratischen Erklärungen hatten, ist durch den Umfall der Sozialdemokraten aufs stärkste bekräftigt worden. Um die politische Bedeutung des Beschlusses der Sozialdemokraten in das rechte Licht zu rücken, ist es notwendig, auf die politisch verzeiweltete Lage der Deutschnationalen einzugehen. Die Deutschnationalen hatten durch ihren Austritt aus der Regierung, von ihrem Standpunkt aus gesehen, einen großen politischen Fehler begangen. Sie haben, einen großen politischen Fehler begangen.

schärfer diese Drohungen waren, desto vorsichtiger wurden die Deutschnationalen in der Ablehnung des Locarno-Paktes. Je mehr diese Drohungen schandbar, desto frecher wagten sich die Deutschnationalen vor, am kategorisch zu erklären, den Vertrag von Locarno abzulehnen, den sie doch angeregt und bis zu seiner Paraphierung unterschrieben hatten. Den Höhepunkt des deutschnationalen Kleinmutes in der Locarno-Frage war gekennzeichnet durch die Tatsache, daß sich namhafte Wirtschaftsführer aus den Reihen der Deutschnationalen Partei an die Öffentlichkeit wandten, mit der Forderung, Locarno unter allen Umständen zu unterschreiben. Schon war es ein öffentliches Geheimnis, daß 30 bis 40 deutschnationale Reichstagsabgeordnete, um den Vertrag von Locarno zu ratifizieren, für ihn kämpfen würden. Da kam der Umsturz. Die Sozialdemokratie ließ ihre großen Aufklärungsreden verkümmern und im selben Moment verhielten sich die Ablehnungstendenzen der Deutschnationalen. Die Erklärung der SPD, unter allen Umständen für Locarno in diesem Reichstag zu stimmen, bedeutet, daß die Ablehnung der Deutschnationalen sicher ist. Hätte die SPD hand gehalten, dann wäre der Bruch innerhalb der Deutschnationalen Partei offenbar geworden. Die Deutschnationalen hätten den schlimmsten Stoß erhalten — sie hätten ihn sich selbst verleiht müssen. Die SPD hat durch ihren Beschluß die Einheit der Deutschnationalen Partei zertrümmert, die Selbstentlarvung dieser Partei der nationalsozialistischen Kriechen verhindert. Nachdem die Deutschnationalen in den letzten Jahren einen kühnen Zuwachs ihrer Stimmen zu verzeichnen hatten, ist zum erstenmal ein ganz harter Rückschlag seit einiger Zeit

Die SPD. denkt nicht daran, den Kopf Luthers zu fordern

In der Sonabend-Sitzung des Reichstages haben die Sozialdemokraten der Regierung Luther den Notetakt bewilligt. Die bürgerlichen Wähler sind sich klar darüber, daß die Demission des Reichsministers nicht erfolgter Unterzeichnung des Paktes zum Schein vorgenommen werden wird. Findenburg wird nach der Demission erneut Luther das Reichsamt anbieten. Die „Welt am Montag“ meldet, daß die Behauptung falsch wäre, daß die Sozialdemokraten gegen die Wiederkehr Luthers als Reichsminister protestierten.

Sturz Painlevés

Paris, 22. November.

Nachdem die Kammer in ihrer heutigen Nachmittags-Sitzung den Artikel 5 des Finanzgesetzes über das Monopolum für die Konzessionen der nationalen Verteilung mit 278 gegen 275 Stimmen abgelehnt hatte, ist das Kabinett Painlevés zurückgetreten.

Der Sturz Painlevés ist erfolgt durch das Mißtrauensvotum der französischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Während die französischen Sozialdemokraten Painlevés führen, der durch seine Finanzpolitik in eine weitere Isolation hineintritt, verließen die deutschen Sozialdemokraten, ausgerechnet unter Berufung auf die französischen Sozialisten, in die Große Koalition zu kommen. Aller Wahrscheinlichkeit wird hierdurch eine Verzögerung in der Ratifizierung des Locarno-Vertrages in Frankreich eintreten.

Seckt ein „Opfer“ der „Rückwirkungen“!

Berlin, 22. November.

Die abschließenden Militärforderungen der Entente enthielten bekanntlich das Verlangen nach Beilegung der Streitigkeiten über dem Chef der Heeresleitung, eintretend war. Die sieben Gruppenkommandos, die bisher dem Chef der Heeresleitung, also dem General von Seekt, unterstellt waren, sollten danach keinen weiteren militärischen Befehlshaber über sich haben, sondern direkt dem Reichswehrministerium laborieren.

Die Berliner Zeitung die „Welt am Abend“ schreibt hierzu: „Auf Grund zuverlässiger Informationen sind wir nunmehr in der Lage, festzustellen, daß die Regierung mit einem Demont des Rücktrittsgelübdes die Öffentlichkeit in größter Weise irreführt. Das Demissionsgelübde des General Seekt liegt dem Reichswehrministerium und somit dem Kabinett bereits seit Donnerstag mitgeteilt vor. Der politische Sinn dieser Gehemtsaktion ist klar. Der Rücktritt Seekts zeigt ganz deutlich, mit welchem Opfer die Reichsregierung in der Erfüllung neuer Entlohnungsforderungen die Kämpfung Adms ertauft. Man befindet, daß der Rücktritt des Generals Seekt, dem wir wahrlich keine Träne nachweinen, noch weniger Kriegen die Ungen offen läßt, über das Eigenemende der „Rückwirkungen“ und von welchen Seite des Locarno-Paktes.“

— die Wahlen beweisen es — eingetreten. Die Zoll-, Steuer- und Aufwertungspolitik der Deutschnationalen hatte die größten Läden in diese Partei gerissen. Die schwächende Haltung in der Außenpolitik kam als erdrückendes Moment hinzu. Der ganze Körper der Deutschnationalen Partei wäre auseinandergefallen, wenn die Deutschnationalen nicht rechtzeitig hätten. Es ist nicht zuzulassen, daß durch den Beschluß der Sozialdemokratie die Deutschnationalen Partei nicht nur nicht ihre Krise überwindet, sondern darüber hinaus in der Disposition härter wird. Jede Stärkung der Deutschnationalen in der Zukunft steht auf der Grundlage des Beschlusses der Sozialdemokratie, die die Deutschnationalen aus ihrer „Verantwortung“ entlassen haben. Die Deutschnationalen werden „ihrem Schöpfer“ auf den Knien danken, daß die Sozialdemokratie schon jetzt diesen ihren Beschluß veröffentlicht hat und nicht einmal damit hinter dem Berge gehalten hat bis zur endgültigen dritten Abstimmung über Locarno im Reichstag. Den Erfolg der sozialdemokratischen Politik kann man sich an den fünf Fingern abzählen. Die Deutschnationalen werden wieder diejenigen, die ihnen weggelassen sind, durch nationale Oppositionsentscheidungen. Sie werden mit dieser verklärten Macht einen „hydraulischen Druck“ auf die Volkspartei und das Zentrum ausüben, der solange dauern wird, bis wieder die Deutschnationalen in der Regierung sitzen und die sozialdemokratischen Vorkämpfer herausgedrückt werden.

Das vorgetragene „Volkswort“ verleiht den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu ratifizieren. Die Begründung ist etwa so: „Wir sind für den Vorkämpfer, wir sind für Locarno und befinden uns damit in der Einheitsfront der 2. Internationale — folglich werden wir im Reichstag auch dafür stimmen.“ Ein solches Argument ist natürlich für die Dummen, aber diesmal für die ganz Dummen: denn es hat sich bei der früheren Haltung der Sozialdemokratie gar nicht darum gehandelt, ob man Locarno und den Vorkämpfer ablehnt. Es hat sich nur darum gehandelt, ob man sie in diesem Reichstag ablehnt.

Eine Kritik über das, was die Sozialdemokratie durch ihren Beschluß und seine Konsequenzen — die Große Koalition — die erneute Stärkung der Deutschnationalen erreicht, erbringt sich. Diese Dinge sprechen für sich selbst. Aber wir möchten es nicht verfehlen, noch einige Worte an die sozialdemokratischen Arbeiter zu richten. Wir wissen, daß große Teile der sozialdemokratischen Arbeiter auf das äußerste empört sein werden über das Verhalten ihrer Partei. Aber sie wissen nicht, wie sie dagegen opponieren sollen. Es gibt zwei Wege, dies zu tun. Der erste Weg ist angebunden im Feiler „Volkswort“ vom Sonnabend, der folgende Erklärung veröffentlicht:

Gegen eine Große Koalition

Hinter den Parlamentsflüssen wird eifrig gearbeitet. „Staatsmänner“ sind wieder einmal am Werk, die Große Koalition zum Leben zu erwecken. Wie jetzt hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die der Sozialdemokratie mitteilt, daß nach ihrer Stellung genommen. Aber wir glauben, daß einzelne Mitglieder nicht ganz uninteressiert an dem Austausch der bürgerlichen Parteien sind. Die Aufgabe der Parteigenossen im Lande ist es, ihre Meinung rechtzeitig zum Ausdruck zu bringen gegenüber irgendwelchen erneuten Versuchen, die Große Koalition einzutreten.

In diesem Sinne ging uns heute morgen auch ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei zu, der sich gegen den Eintritt unserer Partei in eine Große Koalition richtet und die sofortige Einberufung eines Unterbezirksrates verlangt, in welchem Stellung zur Koalitionsfrage genommen werden soll. Der Unterbezirksrat wird sich schon in den nächsten Tagen mit diesem Antrag beschäftigen und auch eine Stellung zu dieser Frage nehmen. Wir halten die Seiten der Großen Koalition im Herbst 1923 für den besten Grund, auf den wir uns anlehnen können, um die Unterbezirksrat ein zu bilden, der die Stellung gegen die Große Koalition deutlich den Parteigenossen, vor allem aber der Reichstagsfraktion gegenüber zum Ausdruck bringen wird.

Wir werden diese Erklärung als ein Zeichen des erwachenden Kampfesinneren innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiter und wir freuen uns darüber. In dieser Richtung, die natürlich Zielfestheit und Bestimmtheit haben muß, liegt ein Weg, den die Arbeiteropposition in der SPD. gehen muß.

Der zweite Weg ist der: am 23. November eingeben zu sein dieser gerade vorbereiteten Politik, am 23. November nicht den Vorkämpfer und Keitern der Deutschnationalen seine Stimme zu geben — sondern der kommunistischen Hilfe!

Gewerkschaftsbewegung

Wagt die Gewerkschaftsarbeit für die Wahlen aus?

(Arbeiterkorrespondenz)

Eine der wichtigsten Fragen in der Gesamtpolitik der Partei ist die Gewerkschaftsfrage. Mit dem bloßen Wort: „Eintritt in die Gewerkschaften“ ist diese Angelegenheit nicht abgetan. Denn nicht die Gewerkschaften sind es, die die Arbeiter in die Gewerkschaften einbringen, sondern die Arbeiter selbst, die dieses Problem an der Wurzel zu fassen, dann gilt es unerschrocken die Verantwortlichkeiten liegen heute ähnlich wie nach dem Umsturz von 1919, wo die Gewerkschaften

Genossen! Rührt zu den Ortsvereinswahlen der freien Gewerkschaften. „Oppositionelle Zahlstellenleitungen“ ist die Lösung!

einen bedeutenden Aufschwung hätten. Damals gingen viele Arbeiter und Arbeiterinnen in die Gewerkschaften und glaubten, weil sie ihre Beiträge zahlten, müsse sich nun auch alles günstig für sie gestalten. Sie glaubten, dass man als Verbandsmitglied die notwendige Pflicht hat, gerade das zu tun, was man, was notwendig ist: eine wirtschaftliche Kampfergebnisse.

Genau spielt sich jetzt wieder die Frage ab. Es ist doch Unfug, wenn man die elende Lage der Arbeiterkraft nur unorganisierten Kollegen in die Schuhe schieben will. So verwerflich und arbeitsfeindlich sind die Ansichten aus den Verbänden war, so ist es heute auch. Gerade das, was man als Verbandsmitglied die notwendige Pflicht hat, gerade das zu tun, was man, was notwendig ist: eine wirtschaftliche Kampfergebnisse. Ebenso spielt sich jetzt wieder die Frage ab. Es ist doch Unfug, wenn man die elende Lage der Arbeiterkraft nur unorganisierten Kollegen in die Schuhe schieben will. So verwerflich und arbeitsfeindlich sind die Ansichten aus den Verbänden war, so ist es heute auch. Gerade das, was man als Verbandsmitglied die notwendige Pflicht hat, gerade das zu tun, was man, was notwendig ist: eine wirtschaftliche Kampfergebnisse.

Ich halte es deshalb für höchst wichtig, denn, welche jetzt die Gewerkschaften wieder zürufen, reinen Wein über die Angelegenheit einzuschütten. Denn gerade die kommunikativen Funktionen führen den Verbänden die meisten Mitglieder zu. Sie müssen neuen wirtschaftlichen Ansichten an Hand von sachlichen Berichten o. a. n. o. n. in die Augen, daß sie mit bloßem Eintritt in den Verband nichts erreichen, sondern alles daran setzen müssen, um die jetzigen Forderungen, soweit sie unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, zu bekämpfen. Werden sie nicht auf diese Sache aufmerksam gemacht, dann werden sie noch länger Zeit wieder sagen: Man waren wir nicht in die Gewerkschaften, weil sie nicht weiterkommen.“ Teilweise werden sie dann den Verbänden wiederum den Rücken kehren. Der Hauptstichpunkt muß also sein, daß die Gewerkschaftsmittelglieder sich in den Verbänden einfließen lassen und solche Führer an die Spitze stellen, welche die wahren Interessen der Mitglieder vertreten und niemals hinter den Rücken der Arbeiter die Gefühle der Unternehmlichkeit belegen. Die bevorstehenden Ortsvereinswahlen bieten dafür eine Gelegenheit. So schwer ist diese Lektüre nicht, denn mit den jetzigen Zuständen sind selbst SPD-Anhänger nicht zufrieden, nur haben sie noch nicht erkannt, daß ihre Führer die wahren Schuldbildner sind. Auch die wirtschaftliche Lage muß die Partei bei der Auseinandersetzung mit den Verbänden mit berücksichtigen, denn die Verhältnisse in Betrieben für Lohnbewegungen mobilisieren, denn eine solche Armut, durch die niedrigen Löhne wie augenblicklich, hat unter den Arbeitern noch nie bestanden. Lohnbewegungen sind jetzt die Hauptrolle. Der Regierung darf die Preissteigerungsämter nicht so leicht gemacht werden, ebenso den Gewerkschaften und ihren Vertretern die Gefühle der Unternehmlichkeit belegen. Die bevorstehenden Ortsvereinswahlen nach dem Ermächtigungsgesetz B. hatten die Kommunisten geradezu großartige Erfolge in den Gebieten, wo gerade Lohnbewegungen waren (Oberhessen und Rheinland). Leuzersgülden und Wülfstendamm müssen jetzt in der Wahlkugel im Vordergrund stehen.

Arbeitsgemeinschaft der in öffentlichen Betrieben und Bormalungen Beschäftigten, Halle

Am 18. November fand in Halle im „Kampfstamp“ eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre vom Einheitsverband der Eisenbahner, Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, Zentralverband der Maschinenisten und Heizer, Deutschen Verkehrsband und Verband der Staats- und Gemeinbediensteten. Der Zweck dieser Versammlung eine Arbeitsgemeinschaft der in öffentlichen Betrieben und Bormalungen Beschäftigten zu bilden, um auf diesem Wege der Interessensvertretung eine geschlosseneren Gegenfront zu bieten und den Weg zur Bildung von Industrieorganisationen zu ebnen, die auf dem Breslauer Gewerkschaftsmodell abgeleitet worden sind.

Der Referent, der Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbediensteten, Berlin, Dr. Biele, verteidigte die Breslauer Beschäftigten und sagte, dass er den Leuten um Brey (Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes) etwa den Kampf anzuweisen, weil sie die Industrieorganisationen ablehnen, und sogar mit Spaltung des ADGB drohen. Aber er sprach doch, nachdem er einen Bericht über den Zusammenstoß zwischen der Partei und den Gewerkschaften gelesen hat, in einem vorwärtsstrebenden Sinne. Er zeigte an praktischen Beispielen, wie zum Beispiel die Maschinenisten und Heizer und Metallarbeiter oder auch die Solitärarbeiter in den Waggonfabriken mit den Metallarbeitern zusammengewachsen sind. Heute über verschiedentlich die Mitglieder dieser Verbände, weil sie durch den einen oder anderen Verband zurzeit etwas bessere Arbeitsbedingungen erlangt hat als durch den anderen. Durch eine Arbeitsgemeinschaft sollten diese Fragen wenigstens für die Verbände, die in Halle hinter dieser Veranstaltung stehen, gelöst werden, wenn sie aufreizen, gelöst werden. Die Arbeitsgemeinschaft sollte nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Gewerkschaften nicht fertig machen, sondern sie hebt hervor, daß, sobald die Verantwortlichkeiten es ermöglichen, auch der Arbeitsgemeinschaft eine

Einheitsorganisation werden sollte. In diesem Sinne müßten alle Funktionäre nicht nur in Halle, sondern im ganzen Bezirk und Reich Aufklärungsarbeit leisten.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Kollegen für die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft und weiterer der Industrieorganisationen aus. Eine große Differenz entstand, als die oppositionellen Redner darauf hinwiesen, daß die Gewerkschaften allein nicht ausreichen, da die gegenüber der großen kapitalistischen Lage unbedingt notwendige Zusammenfassung der Arbeiterkraft nach Industrieorganisationen noch nicht geschaffen ist. Einstimmig wurde eine von dem Verammlungsleiter Biele vorgelegte Resolution angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die am Mittwoch, dem 18. November, in Halle versammelten Funktionäre der Organisationen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben, Bormalungen und des Verkehrs beglücken die Arbeitsgemeinschaft des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbediensteten, des Deutschen Verkehrsbandes, des Einheitsverbandes der Eisenbahner und der Reichsgewerkschaft der kommunalen Beamten, und erwarten von den Verbandsvorständen und ihren Körperschaften, daß sie alle Habel in Bewegung setzen, um eine Vereinigung der in Frage kommenden Organisationen durchzuführen. Die hiesigen Funktionäre verpflichten sich hierfür, alles Trennende beseitigt zu stellen, um durch gemeinsame Arbeit alle Beschäftigten in öffentlichen Betrieben, Bormalungen und des Verkehrs zu organisieren. Für durch ein gutes Hand-in-Hand-Arbeiten ist die Gewähr gegeben, den gemeinsamen Arbeitgebern gegenüber gute Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“

Der Zentralverband der Maschinenisten und Heizer zum Reichshilfegewerkschaft

Vom Zentralverband der Maschinenisten und Heizer Halle, wird uns geschrieben:

Am Sonntag, dem 14. November, tagte in Halle, im Gewerkschaftshaus, unsere gut besuchte Mitgliederversammlung. Im ersten

Parteiöffnung

Auch in der Gewerkschaft, in Deiner Stunde, Genosse, gibt es keinen Spatschiffstörer, der gern ein Schefflein für die Stärkung der Partei beiträgt! Auf, an die Arbeit!

Punkt der Tagesordnung behandelte in einem Vortrag ein Schulreferat „Die Gefahren des Reichshilfegewerkschaftes für die Arbeiterklasse“. Er zeigte in seinem Vortrag, wie die beizugehende Klasse durch die Kräfte der Reichshilfe wieder in ihre Hand bekommen will, damit dem Arbeiter das selbständige Denken schon in der Schule erstickt werden soll, um immer einen der beizugehenden Klasse unterwürfigen bzw. untertanen Arbeiterstand zu haben. Die Aussprache ergab, daß sich die Verammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, sogar seine Ausführungen nach dem Verlangen der weiblichen Schule noch ergänzte und folgende Entschlüsse annahm:

Der zurückgenommene Reichshilfegewerkschaftsamt läßt uns dem kommenden Entzorn mit größtem Entgegenkommen entgegen. Wir leben in ihm einen Teil des Generalangriffes der Reaktion gegen die aufwärts strebende Arbeiterbewegung und erwarten die gesamte Arbeiterkraft in geschlossener Kampffront gegen ihn. Ein geeignetes Mittel, diese reaktionären Bestrebungen zu unterbinden, ist die Errichtung einer in Halle bestehenden weiblichen Schule. Wir fordern darum unsere Kollegen auf, ihre Kinder für die weibliche Schule anzumelden.“

Eine Anzahl Kinder wurden schon in der Verammlung zur Anmeldung für den Unterricht der weiblichen Schule aufgeboten. Ebenso traten die meisten Kollegen dem Bund der freien Schulgenossenschaften mit einem Monatsbeitrag von 10 Pf. bei, um die Bestrebungen nach der weiblichen Schule zu unterstützen. Schließlich fordern wir unsere Kollegen, soweit diese in der Verammlung nicht anwesend sein konnten, auf, ihre Kinder zum Unterricht der weiblichen Schule anzumelden, welches in unserem Bureau, Drandorferstraße 10, geschehen kann.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung referierte der Kollege Martin über „Die Arbeiterkraft im gegenwärtigen Wirtschaftskampf“. In seinen Ausführungen leuchtete Kollege Martin zum Ausdruck, daß gerade die Frauen durch die im ersten Vortrag erwähnte schlechte Schulbildung die Wirtschaftskämpfe nicht kennen und so dem Manne im Wirtschaftskampfe aus Unkenntnis direkt hinderlich gegenüberstehen. Aus diesem Grunde erklärt er sich auch, daß unsere Arbeiterfrauen zu einem großen Teil reaktionärsindlich, sogar feindselig gegenüber der Arbeiterbewegung auch auf politischen, sowie gesellschaftlichen Gebieten eingestellt sind. Insbesondere tritt diese Unkenntnis der Arbeiterfrau und diese arbeiterbewegungseindliche Einstellung bei Streikts offen zutage, indem die Frauen oftmals den Anlaß bieten, den Mann zum Streikbrecher werden zu lassen. Die amwesenden Frauen, sowie die anwesenden Kollegen untertrugen die Ausführungen des Kollegen Martin und gelobten, in dieser Frage alles zu tun, um unsere Frauen über den Wirtschaftskampf aufzuklären.

Im dritten Punkt der Tagesordnung erstattete der Kollege Löper Bericht von der Bezirkskonferenz. Aus diesem Bericht interessierte die Erhöhung des Monatsbeitrages um 10 Pf. auf 20 Pf. und hier schloß sich eine kurze Aussprache an, welche zum Schluß zum Ausdruck brachte, daß wohl eher über, wenn es auch manchen Kollegen schwer fällt, dem Verband doch die Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, welche im Interesse der Interessensvertretung notwendig sind.

Die Verammlung lobte ferner die uns noch absetzenden Reichshilfegewerkschaften und Heizer zum Beitritt in den Zentralverband der Maschinenisten und Heizer ein. Anmeldungen für Halle und Umgebung werden im Bureau, Halle, Drandorferstraße 10, Zimmer 11, sowie bei unseren Vertrauensleuten entgegengenommen.

Zu diesem Bericht mußten wir feststellen, daß die Kommunistische Partei eine andere Stellung zur Frage der weiblichen Schule einnimmt, wie sie in der Verammlung der Maschinenisten und Heizer zum Ausdruck gebracht wurde und wie sie von der SPD, jetzt die Arbeitsgemeinschaften hineingetragen wird. Wir verweisen

dabei auf die Artikel im „Kampfstamp“, Nr. 226 (Kommunisten im Kampf gegen die Schulreform), 233, 234, 236, 240 (Behandlung des Reichshilfegewerkschafts), Nr. 239 (Der Frauenvereinsbildung der SPD. — Kritik an der arbeiterfeindlichen Einstellung des Bundes der freien Schulgenossenschaften). — Die Kommunisten, die heute durch die Parteipolitik der Sozialdemokratie, aber der arbeitgemeinschaftlichen Taktik der Gewerkschaften, wieder im Arbeit ist, und die nun auch auf dem wichtigen Gebiet der Schule die letzten Reste der Jahre 1918/19 abzubauen bestrift ist, kann man nicht dadurch wirksam entgegenwirken, daß aufgelöste Protestkretze sich und ihre Kinder in reaktionären Lehrerbildneren verstromen gibt, wie das geschieht ist, indem man als Ziel der Wehrkräfte der noch nicht aufgelösten Arbeiterkraft absondern, sondern gerade darin, daß die breite Arbeiterkraft gemeinsam, von der heutigen Volksseite aus, um die völlige Trennung von Kirche und Schule und gegen jegliche Schulreform kämpft. Wenn dann noch die weibliche Schule ein ausgeprägtes Fortschrittskriterium ist, wie das geschieht ist, indem man als Ziel der Wehrkräfte der noch nicht aufgelösten Arbeiterkraft absondern, sondern gerade darin, daß die breite Arbeiterkraft gemeinsam, von der heutigen Volksseite aus, um die völlige Trennung von Kirche und Schule und gegen jegliche Schulreform kämpft. Wenn dann noch die weibliche Schule ein ausgeprägtes Fortschrittskriterium ist, wie das geschieht ist, indem man als Ziel der Wehrkräfte der noch nicht aufgelösten Arbeiterkraft absondern, sondern gerade darin, daß die breite Arbeiterkraft gemeinsam, von der heutigen Volksseite aus, um die völlige Trennung von Kirche und Schule und gegen jegliche Schulreform kämpft.

Die Statuten der englischen Gewerkschaftsallianz

Nach langen Verhandlungen kam bekanntlich zwischen den größten englischen Gewerkschaftsverbänden eine Einigung über die Bildung einer Kampffront zustande. Obwohl sich der Eisenbahnerverband im letzten Augenblick von dieser Allianz zurückzog, wird sie, wie „Daily Herald“ feststellt, trotzdem große Massen der Transportarbeiter, Eisenbahner, Seefahrer, Postbeamten, Kraftfahrern, Schiffbauern, Eisen- und Stahlproduzenten, Bergbau und aller Arten der Kraftproduktion und Verteilung umfassen.

Die den in Betracht kommenden Verbänden zur endgültigen Beschließung übermittelten Statuten der Gewerkschaftsallianz belegen den Zweck der Bildung einer gemeinsamen Kampffront und der Vertiefung der Arbeitszeit und des Schutzes und aller anderen Lebensfragen der Arbeiter industriellen Charakters. Die Allianz wird gegenständige Unternehmungen in diesem Sinne organisieren. Sie hält jährlich eine Generalsammlung in London ab und wählt ein Exekutivkomitee. Die Exekutive besteht ferner der Generalsammlung der Gewerkschaften über die Vertiefung der Arbeitszeit und der Arbeitsfragen.

Was die gemeinsamen Aktionen der in der Allianz vereinigten Gewerkschaftsverbände anbetrifft, so verpflichtet sich jeder Verband, die Exekutive der Allianz von jedem bevorstehenden allgemeinen Streik zu verständigen und ständig zu informieren. Die Exekutive wird die gemeinsamen Aktionen aller anderen angehörten Verbände. Was eine gemeinsame Aktion zu beschließen, muß das Sekretariat der Allianz die Exekutive einberufen; wenn diese die Notwendigkeit einer Aktion vorliegen sieht, beruft sie die Generalsammlung der Allianz ein, die über die Art der Aktion entscheidet. Die Exekutive der Allianz obliegt, wenn nach Beschlußfassung der Generalsammlung der Exekutive.

Die gegenständige Unternehmungen kann folgende Formen annehmen: Verhandlungen, finanzielle Unterstützung, teilweise Solidarisation, General-Solidarisation. Die Beendigung der Aktion wird von der Generalsammlung beschlossen. Die Statuten der Allianz hindern keinen Verband, auch selbständige Aktionen zu unternehmen. In solchen Fällen hat er aber kein Recht auf die Unterstützung der Allianz. Zur Vertiefung der administrativen Ausgaben der Allianz entrichtet jeder Verband noch je 1000 Mitglieder 5 Schilling im Jahr als Beitrag in die Kasse der Allianz. Die Höhe des Beitrags kann von der Generalsammlung geändert werden. Zur Durchführung der Aktionen kann die Generalsammlung jeweilige Beiträge nach je 1000 Mitgliedern festlegen. Die Mitgliedschaft der Verbände an der Allianz kann mit Jahresfrist gekündigt werden. Während des Kündigungsjahres hat der Verband alle Rechte und Pflichten eines Mitglieds zu genießen.

Somit die vorgeschlagenen Statuten der neuen Allianz, die, wenn auch noch mit viel bürokratischem Beiwerk umgeben, doch den Willen zum Kampf fundiert.

Auch die im ADGB zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften haben den 12. November 1922 entgegen dem Willen der Generalsammlung ein Streikreglement, über die Zusammenfassung der einzelnen Verbände bei Streikts, geführt. Die Streikregeln, die auf dem Beschlusse der Gewerkschaftsallianz gegen eine starke Widerstand angenommen wurden, fanden aber den entscheidenden Widerstand der Mitgliedschaft nicht gekonnt werden, um den kapitalistischen Wirtschaft und dem Staat schlagfertiger gegenüberzutreten, sondern zu dem Zweck, die Kampffähigkeit der Arbeiter, die sich in spontanen, von der Bureaucratie als „wild“ vertriehenen Streiks Luft machen, zu verhindern. Die Bureaucratie der freien Gewerkschaften hat nach deren eigenen Beteuerungen die „wahre Stimme der demokratischen Republik“ und damit der kapitalistischen Wirtschaft. Das untersteht sie grundsätzlich den den englischen Gewerkschaften und einem großen Teil ihrer Führer, die aus dem Chaos der englischen kapitalistischen Wirtschaft den einzig richtigen Schluß ziehen: Gebahrungloser Kampf gegen das Kapitalismus und die Sozialdemokratie, und die auch den richtigen Weg zur Nachsterweiterung finden.

Die Gewerkschaftsbureaucratie will keinen Kampf der Beamten mit Rückgriff auf die kommende Große Koalition

Auf einer Berliner Funktionärsversammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am 11. November wurde die Frage der Bildung einer gemeinsamen Organisation, über Beamtenfragen. Der ganze Inhalt seines Referats war eine einzige Ablehnung von Kampfmaßnahmen. Ein Zusammengehen mit dem Deutschen Beamtenbund zur Vertiefung einer einheitlichen Kampffront wird vom Referat als „unmöglich“ bezeichnet. Die Hauptarbeit ist auf die Kleinheit und die Unfähigkeit zu legen. Die freie Beamtenbewegung müßte nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gehen. Wenn in öffentlichen Beamtenvereinigungen zur Durchsetzung der Beamtenforderungen das letzte gewerkschaftliche Mittel, der Streik, verlangt werde, so könne man dem nicht zustimmen.

Die Ausführungen Falkenbergs sind, wie die sozialdemokratischen Führer bereit sind, die Beamten bedeutendsten der kommenden Großen Koalition zu öffnen. Es wissen sehr gut, daß all ihre papierenen Resolutionen und bombastischen Redensarten der schwer um ihre Erfüllten ringenden Beamten nicht der geringsten Nutzen bringen werden. Die Aufforderung zum Zusammengehen mit den Sozialdemokraten sind in ihrem Munde nicht mehr als eine hohle Phrase. Die Beamtenführer werden von der Regierung im Auftrag des Schwertpatents auch darum niedrig gehalten, um

Somit eben 7 Uhr in der Produktions-Gewerkschaft wichtiger Sitzung der erwerbslosen Genossen in Halle.

Lohnbewegungen der Arbeiter- und Angestellten zu verhindern. Gerade der jetzige Zeitpunkt wäre deshalb mehr denn je geeignet, die Arbeiter- und Angestellten in Halle in einen Kampf zu führen und so einen wirklichen Zusammenstoß auf der Seite einer Kampfgemeinschaft herbeizuführen. Es ist ganz klar, daß einer solchen geschlossenen Macht keine Regierung und kein Intermediar der Welt widerstehen könnte. Aber die sozialdemokratischen Führer wollen diesen Kampf nicht, weil sie wissen, daß er ihre kommende Koalition mit den Parteien des Schwertpatents unmöglich machen würde. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen aber endlich einsehen, daß sie sich, wenn nicht mit, so ohne diese Führer, auf einen gemeinsamen Kampf und den Kampf um ihre Erfüllten aufmachen müssen.

Was sahen
58 deutsche
Arbeiter in
Russland

Halle und Saalkreis

Achtung, Parteigenossen!

Alle erworbene Parteimitglieder werden hiermit aufgefordert, am Dienstag, dem 24. November, mittags 12 Uhr, auf dem Bureau der Partei, Verdenstraße 14, Zimmer 4, zu einer wichtigen Parteiarbeit zu erscheinen.

Am Dienstag, dem 24. November, abends 8 Uhr, findet in der Produktiv-Genossenschaft, Verdenstraße 14, **Arbeitsausführung** statt.

Die Oberbezirksleiter, Distriktsleiter und Zellensleute müssen zu dieser Sitzung unbedingt erscheinen, die Vorbereitungen zur Wahl am 29. November besprochen werden.

Provinziallandtagswahl

Am nächsten Sonntag, dem 29. November, findet nunmehr die Wahl zum Provinziallandtag statt. Gemäß wird mit amtlich hergestellten Stimmzetteln, die am oberen Rande den Ausdruck „Provinziallandtagswahl“ und den Namen des Wahlbezirks, jedoch ohne die Namen der Parteien, Kleindruck, ferner jeder Unterdrückung hat auf jedem Stimmzettel in den früheren Wahlen her bekannte Weise den Wahlvorsatz Nr. 2, **Wahlkommunistische Partei**, zu bezeichnen. Auf dem Stimmzettel sind nicht sämtliche eingetragene 16 Wahlvorstände aufgeführt, sondern nur diejenigen, die für den einzelnen Wahlbezirk gelten. Da die Provinz in 47 Wahlkreise eingeteilt ist, so sind 47 verschiedene Sorten Stimmzettel notwendig geworden.

Der Ausbau der Internationalen Arbeiterhilfe im Bezirk Halle-Merseburg

Das Streben der werktätigen Bevölkerung, sich zwecks Abwehr der verstärkten Ausbeutung zusammenzuschließen, hat naturgemäß auch ein verstärktes Interesse an der Internationalen Arbeiterhilfe zur Folge. Als internationalistische proletarische Hilfsorganisation wird sie bei dem Kampfe um die Einheit in vorderer Reihe stehen. Die bestehenden Ortsgruppen haben eine starke Zunahme von Einzelmitgliedern zu verzeichnen, u. a. Weigenfels, Bitterfeld, Naumburg, Halle.

Die Zahl der Ortsgruppen im Bezirk Halle-Merseburg hat sich seit Anfang Oktober dieses Jahres von 30 auf 38 erhöht. Neugegründet wurden Untergruppen in Gießen, Eisenberg, Mücheln, Kellra, Gangerhausen, Leuzschitz. Bei der Bildung der Ortsgruppenleitungen sind neben Angehörigen der SPD, auch solche der KPD und politisch Unorganisierte gewählt.

Vor und nach dem ersten Reichstagswahl haben sich besonders die proletarischen Organisationen und die Belegschaften der Betriebe für den Ausbau der I.A.H. eingesetzt. Das Ergebnis ist eine starke Zunahme der korporativen Beiräte. In Bitterfeld ist das Spezialbeirat, ferner die Ortsgruppe des I.A.H. korporativ angeschlossen. Im Sportplatz gehört die Mehrzahl der Delegierten der SPD an, bzw. ist politisch unorganisiert.

Den Beitritt folgten ferner der **Kampfbundverein „Stegelsberg“**, Mücheln, und der **Kreis und Weizenbau „Halle“**.

Die Zahl der korporativ angeschlossen Belegschaften in Halle hat sich von 7 auf 16 erhöht. Neu hinzugekommen sind:

- Waldschneiderei Leo Feger, Ammendorf;
- Leistungsfähiges Kranbauwerk;
- Waldschneiderei und Holzhandlung Minin Tisch;
- Waldschneiderei Mücheln;
- Waldschneiderei Niede;
- Waldschneiderei Sabauitz, Werf II;
- Waldschneiderei Paul Söhrig;
- Waldschneiderei der Zentralanstaltstelle.

Hinzu kommen acht bereits angeschlossen proletarische Organisationen, u. a. der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter und der Zimmerleute, Zahlreiche Halle, so daß die Zahl der Korporationen in Halle 24 beträgt. Weitere Beitritte von Belegschaften und Vereine sind in der nächsten Zeit zu erwarten.

Ferner ist in zwölf Orten des Bezirkes mit dem Aufbau von Ortsgruppen begonnen.

Zweitwöchentlich, die sich mit den verschiedenen internationalen Problemen des Klassenkampfes beschäftigen, wurden umgelegt.

Inzwischen bereiten die Ortsgruppen der I.A.H. „Proletarische Weisheitslehren“ vor. Hier sollen die Kollegen, die wegen ihrer politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit gemarginalisiert wurden oder durch längere Arbeitslosigkeit feinerer Unterstützung erhalten, durch Anwendung von Selbstmitteln und Geldmitteln die ihre Bemühen erhalten, die proletarische Solidarität keine leere Phrase ist. Mit bürgerlicher Wohlhablichkeit hat auch diese Tätigkeit nichts zu tun. Jene hat nur den Zweck, die Klassengegnenisse zu verschleiern und abzumildern, während die proletarischen Hilfsaktionen der I.A.H. sich zur Aufgabe stellen, die im Kampfe und in der heftigsten Arbeitergruppen anzuknüpfen, im proletarischen Befreiungskampfe auszuweichen.

Auch die proletarischen Weisheitslehren sollen dazu beitragen, die Einheitsbestrebungen aller Werktätigen zu fördern unter dem Kampfruf:

„Die proletarische Solidarität hilft die Welt befreien!“

Protokollverammlung gegen den Bismdorf Gemeinde-Skandal

Am Freitag, dem 20. November, fand hier die erste öffentliche, von uns aus einberufene Wählerversammlung statt. Genosse Alfred Graeb und das Kreisaußenbüromitglied Genosse Böhm hatten in dieser überaus stark besuchten Versammlung (500 bis 600 Personen) das politische und kommunale Material übernommen. Die Tagesordnung: Was geht in der Gemeinde Bismdorf vor? hat die gesamte bürgerliche Klasse mit auf den Kopf gefallen. Nachdem Genosse Graeb die Versammlung in seinem zweifelhafte Rede über die außenpolitische Lage referierte, hatte Genosse Böhm die Aufgabe, über die Kreis- und Provinziallandtagswahl in Verbindung mit den neuesten Schmeicheleien in der Gemeinde Bismdorf zu referieren. In der darauffolgenden Diskussion meldeten sich eine ganze Reihe bürgerlicher Vertreter zum Wort, die in der Zuhörerschaft alle von dem Gemeindevorsteher A. D. Jänike mit abgerichtet sind. Sie gaben den Referenten in ihren Ausführungen ihre volle Zustimmung, so daß die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen wurde.

Resolution

Die Wählerversammlung der SPD in Bismdorf sieht in der bisherigen Handhabung des halbes Jänike die Verstoßung der Sozialdemokratie als Maßnahme des Verdammung zu geben.

Rentenempfänger und Wahlen

Von einem Kriegsgeschädigten

Am 29. November finden die Wahlen zu den Reichstagen und Provinziallandtagen statt. Eine große Anzahl Kriegsgeschädigter werden heute noch der Meinung sein, daß die Wahlen für sie unbedeutend sind, denn sie leben noch in dem Glauben, die Wahlen zu den gelesenen Parlamenten, wie Reichstag und Landtag, genügen. Wenn sie sich auch noch bei der Wahl „des Retters“ beteiligen, dann ist es mehr als genug, denn die ersten machen die Besche und „der Retter“ unterschreibt, und die anderen können ja doch nichts daran ändern.

Auf die Unrichtigkeit einer solchen Denkwiese aufmerksam zu machen, dürfen wir Opfer des Weltkrieges nicht unterlassen. Wie war es denn seit dem Ermächtigungsgesetz? Waren es nicht die Kreisaußenbüros in den Landkreisen, welche den Kriegsoptern und Arbeitslosen die beschränkten Anwartschaften im Grund der Fürsorgeeinrichtung abnahmen? Als Beispiel sei nur erwähnt, daß durch Beschluß des Kreisaußenbüros Weitzenfeld erst vor kurzem ferner ein Bismdorf 28 Markt von der Zulagerente für ärztliche Behandlung abgezogen wurden.

In der Provinzialverwaltung, ist das, was man heute soziale Fürsorge nennt, ein sehr wichtiges Gebiet. Der Provinziallandtag stellt durch seine Organe die Aufsicht- und Kontrollinstanzen dieser Verwaltung. Wenn auch die Verwaltungs- und Provinzialparlamente an die gelesenen Vorschriften gebunden sind, so haben doch gerade wir erfahren, daß es sehr wohl und viel darauf ankommt, wie die Gesetze ausgelegt und angewandt werden.

Der Provinzialverwaltung unterliegen eine Reihe von Einrichtungen, die für die Renten- und Fürsorgeempfänger von großer Bedeutung sind. Die Erziehungsanstalt in Zeitz, die Provinzial- und Pflegeanstalt Pforta, das Kinderheim Wilhelmshof, die Erziehungsanstalt Dierbach, das Kinderheim Schöneberg, das Arbeitshaus in Groß-Sals, das Kriegsrentnerheim in Annaburg. Allen Einrichtungen, in denen Proletarier, die durch die kapitalistische Gesellschaft in das größte Elend gestoßen wurden, untergebracht werden.

Durch die Verordnung, nach welcher soziale Fürsorge im Arbeitshaus erreicht wird, hat man den Einfluß der Organisationen befestigt. Bei den Wahlen zu den Provinzialparlamenten ist Gelegenheit, beizutreten zu geben. Auch im vorerwähnten Reichstag werden die Parteien der bescheidenen Klasse wieder auftreten mit den bekannten Verprechungen, was das schon immer geheißen. Sie werden auch diesmal versprechen, die Proleten für ihre Zwecke einzuzahlen. Wenn sie rufen, nach geht hin und fragt die Agitatoren bürgerlicher Parteien, wieviel sie von ihren alten Verprechungen eingehalten haben? Sagen die Proletarier, die in solche Verprechungen kommen, wie kam es dazu, die Arbeitslosen und Unfallverletzten von den Vertretern der bürgerlichen Parteien im Reichstag betrogen wurden.

Wie durch ihre Schuld die gesamte Sozialpolitik abgebaut wurde. Immer wieder finden sich Parlamente und Regierungen bereit, gewählten Fürsten und Königen Hunderte von Millionen an Steuern, Zehntausenden Schilling und Reichsmark an den Hals zu werfen, während die sozialen Einrichtungen immer weiter abgebaut werden.

Wir protestieren dagegen und verlangen schärfste Erledigung dieses skandalösen Falles. Die Verammlung wählt zum Schutz eine Kommission, die das gesamte vorgebrachte Material prüfen soll und alle Schritte zu unternehmen hat, um vollständige Klarheit in den Fall Jänike zu schaffen.

Landarbeiter, laßt Euch nicht einwickeln!

Agitationsmethoden der Deutschnationalen

Eigenartige Agitationsmethoden wendet der deutschnationale Rittergutsbesitzer und Kreisratskandidat — an ausländische Stelle — Herr von Bülow aus Diestau an. Er versucht, sich Stimmen zu fesseln, indem er zu Sonnabend, den 23. November, für seine Landarbeit ein großes Fest in der Nähe von Zeitz anstellt und an diesem Tage um 11 Uhr ein Arrangiert. Es beginnt eigentümlich, das Herr von Bülow fuhr vor der Wahl hoch weiches Horn, während er laut lebhafte Reden hielt, u. verzeigte. Er hat auch selbst dabei, daß Arbeiter bei ihm länger als 25 Jahre beschäftigt sind, und diese sollen nun noch durch ein Beschäftigt werden. Wir sind zu erwarten, daß die Deutschnationalen sehr laut Klagen über die Arbeitslosigkeit und um 29. November bei der Wahl den heuchlerischen Deutschnationalen die richtige Antwort erteilen. Wir als Kommunisten verantworten keine Feststellen, wie es die Deutschnationalen tun, die das Geld dazu nur durch die Ausbeutung der Arbeiter bekommen. Wir gehen auch keine großen Reden ab, sondern wir legen der Arbeiterkraft, daß nur durch eigene Kraft ihre Lage gebessert werden kann. Am 29. November wählen darum alle Arbeiter des Amtsbezirks Diestau.

Seite 2, Kommunien.

Halbtägige Tagesfront

Arbeit für die Feuerweh

Am 20. November, gegen 8.15 Uhr vormittags, wurde die Feuerweh nach der Kirchentorstraße gerufen, wobei in einem Bureau, vermutlich durch ein achtlos weggeschobenes brennendes Streichholz, ein Gasbrenner und Feuergeräten in Brand geraten waren. Beim Eintreffen der Feuerweh war der Brand bereits gelöscht.

Berücksichtigung

Am 20. November, gegen 11.30 Uhr vormittags, fuhr ein Kraftwagen der Feuerweh infolge Verlassens der Steuerung in der Sophienstraße gegen ein Grundstück. Der Kraftwagen wurde erheblich beschädigt und wurde abgekippt werden. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Am 20. November, gegen 12 Uhr mittags, fuhr ein Gefährt der Straßenreinigung ein Personenkraftwagen mit einem Gefährt zusammen. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Die Schuld trifft den Führer des Personenkraftwagens, welcher das Haltezeichen des Gefährtes nicht beachtet hat.

Unfall

In der Nacht vom 20. zum 21. November, wurde in zwei Fällen in der Reckener Straße, und in der Sidstraße, der Feuerweh von unbekannten Tätern in Tätigkeit gesetzt.

Warnung!

Wir warnen die Ortsgruppen vor der Person Franz Böle, der noch im Besitze eines Mitgliedskarte des alten Hauptkomplex-Bundes der Ortsgruppe Zeitz ist. Der Genannte gibt sich als Mitglied der Partei aus, ist Schmeichler, 41 Jahre alt. Es hat versucht, einige Genossen aus Geld zu gewinnen und hat sich auf prominenten Stellen der Partei, u. a. auf Herz Hoff. Da er sich als Stadtverordneter und Referent aus, angibt, ist ihm eine energische Maßnahme zu geben.

Offiziere bekommen große Anwartschaften, bekommen heute noch hohe Pensionen, selbst wenn sie vermögend, fabrikant, oder Gutsherr sind. Es gilt, zu den hochgestellten Wahlen alle Opfer von Arbeit, Krieg und Infirmität an die Urne zu bringen. Jedoch haben wir die Pflicht, sie vorher darauf hinzuwirken, welche Bedeutung die Wahl hat und daß jeder seine Stimme nur den Kandidaten gibt, der durch seine Tätigkeit bewiesen hat, daß er sich einreicht in die rote Klassenfront der Arbeiter.

Die Rentenempfänger und Fürsorgeberechtigten müssen dabei vom diebstahligen Mittelsgeleit geteilt werden, denn sie sind diejenigen, welche die kapitalistische Gesellschaft bereits bis an den Rand des Abgrundes gestoßen hat, in welchem das Verderben ihrer barmherzigkeit getrieben? Wohlhabt gibt man den Opfern des Kapitalismus angedacht des harten Winters nicht weitgehend zu viel, daß sie sich Kohlen und Kartoffeln kaufen können? Fragt einmal die Bürgerlichen und Sozialdemokraten, weshalb sie im Provinziallandtag in der Sitzung vom 17. September 1924 den kommunikativen Antrag ablehnten, der aus Provinzialmitteln allen Invaliden, Sozialrentnern und Kriegsrentnerleiden eine einmalige Winterbeihilfe von 50 bzw. 30 Mark, für jedes Kind 10 Mark extra sowie den Bedarf an Hausbrandstoffe zuzuwenden wollte. Fragt sie einmal! Wer laßt es dabei nicht bewenden. Treibt bei den Wahlen einflußlos auf die Seite Eurer ehelichen Freunde, Eurer energiegelben Interessenvertreter.

Die kommunikativen Partei, Seite 2!

Sozialrentner, Augen auf!

Aus den Reihen der organisierten Sozialrentner wird uns geschrieben:

In einer überfüllten Versammlung des Zentralverbandes der Sozialrentner wurde am Sonntag, dem 15. November, heftige Beschwörungen darüber laut, daß den Sozialrentnern die ihnen von der höchsten Fürsorge verschobene Winterbeihilfe für Kohlen und Kartoffeln nicht ausbezahlt würden. Wie man uns zuverlässig mitteilt wird, haben die Mitglieder der einzelnen Stadtbezirke Anweisung erhalten, auf Antrag Sozialrentner, die mit der Postrente zusammen einen gewissen Betrag nicht übersteigen, eine einmalige Winterbeihilfe von 5 Mark gewährt wird.

Die Sozialrentner erklären sich mit dieser Lösung nicht einverstanden. Sie sind der Ansicht, daß allen denen, die Sozialrente beziehen, ohne Antrag eine Winterbeihilfe gewährt werden muß. Der Betrag von 5 Mark erscheint uns durchaus ungenügend.

Denfalls erlauben wir alle Sozialrentner, umgehend bei ihren Bezirksleitern Anträge auf Gewährung von Winterbeihilfen zu stellen. — Rechtsanwärtin für alle Invaliden und Invalidenrentner findet am Mittwoch von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Bureau des Zentralverbandes der Arbeitslosen, Charlottenstraße, Zimmer 5, telefonfrei statt.

Ammendorf

Von der Wahlbarkeit. Am 17. November hielten die Demokraten in der Ortsgruppe hier eine öffentliche Versammlung ab. Beide Versammlungen konnten nicht stattfinden, da bei den Demokraten in Helms Lokal nur vier Demokraten, drei KPD-Mitglieder und drei Unorganisierte waren. Beim folgenden Ortsgruppenrat waren fünf Blöcker und vier Arbeiter anwesend im Wohnen der I.A.H. wäre die SPD-Versammlung noch uns nicht besucht worden und den einigen Stimmabgaben, dann wäre es denken auch so gegangen.

Wöllberg-Wörmlitz

Öffentliche Wählerversammlung. Die kommunikativen Partei hatte zum vergangenen Sonntag eine Wählerversammlung einberufen, in der zu den kommenden Reichs- und Provinziallandtagswahlen die Stellung genommen werden sollte. Leider war die Versammlung nicht so besucht, wie es die Wichtigkeit der Tagesordnung erforderte. Genosse Rette, Halle, schilderte als erster Redner in ausführlicher Weise die gegenwärtige außenpolitische innenpolitische Situation, die in erster Linie mit der Anwesenheit der Sozialrentner am 20. November leitend war. Ausgehend von der sich von Tag zu Tag verschärfenden Wirtschaft der kapitalistischen Länder kam er auf Sozialrentner zu sprechen. Wirtschaftlich und politisch ist das Arbeiter-Kaufhaus so gelegen, daß es heute als Bollwerk gegenüber der kapitalistischen Welt anzusehen ist, in la eine kleine Insel im Meer für die weitere Einheit der Sozialistischen Länder bildet. Die Verhandlungen von Locarno und die diesbezüglich im Reichstag anzunehmenden Gesetze sind gegen Kaufhaus gerichtet. Die kapitalistische Welt will mit Hilfe der Sozialdemokraten gegen Kaufhaus marschieren. Um der Bourgeoisie ein erschreckendes Bild entgegenzusetzen, ist es wichtig, wenn die Arbeiterpartei nächsten Sonntag, zwei Tage vor Unterzeichnung des Locarno-Paktes in London, seine Stimme für die kommunikativen Partei gibt.

Als zweiter Redner sprach das Kreisrats- und Kreisaußenbüromitglied Genosse Heilig aus Gemmrig zur Tätigkeit der Kreis- und Provinziallandtagswahl. Es war ihm leicht, aus seiner eigenen Praxis, an Hand von unzähligen Beispielen die Notwendigkeit der Schaffung von kommunikativen Mehrheiten in diesen Parlamenten nachzuweisen. Er erbat ferner den Nachweis, daß die Sozialdemokraten bei wichtigen Entscheidungen gegen die Interessen der Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern, für die Interessen der Arbeiterklasse stimmten. Die Versammlung betonte durch verschiedene Anfragen ihre große Interesse an dem Ausgang der Wahl am 29. November.

An der Arbeiterkraft von Wöllberg-Wörmlitz liegt es nun, mit dahin zu wirken, daß nicht nur im Reichstag eine kommunikativen Mehrheit vorhanden ist, sondern ebenfalls aus der letzten reaktionären Provinz eine kommunikativen Mehrheit zu machen.

Andere Parteigenossen sei noch besonders gelagt: am kommenden Sonntag den letzten Arbeiter- und Kreisrentner-Verbanden der Wählerkarte zu bringen, um mit dazu beizutragen, das gefasste Ziel zu erreichen.

„Jung-Spartakus-Bund“, Ortsgruppe Halle

4. Bezirk (Hermann, Schäfer, Frieles, Gieseler, Stein und Trochschule): Montag, abends 6 Uhr, im „Hofplatz“, Zimmer 1. 1. Bezirk (Lauenburg und Weingartenstraße): Dienstag, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft. 2. Bezirk (Freimittelstraße, Johannes, Alte Volksschule, Sütters und Gatterstraße): Mittwoch, abends 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft.

Sitzungen angenommen. Die Kollekten müssen auch am 6 Uhr ihre Sitzungen abgeben in der Produktiv-Genossenschaft.

Aus dem Geschäftsversteher

Unserer Leser verzeihen wir auf die heutige Anzeige der „Kordsee“, Dr. Ulrichstraße, die frisch eingetroffene Ware preiswert anbietet.

Helden an Rhein und Ruhr

Momentbilder und Bruststücke aus dem Leben und den Kämpfen der Ruhrarbeiter im Jahre 1923
 Von Peter Volter

Als die Spitze des Juges anfing zu bröckeln, brachen die vorüberziehenden Scharen in begeisterte Entrüstung aus. Trotzdem bewegte sich der Zug unaufhaltsam weiter und es wurde stierere Ordnung auferlegt.

Das Gros der Demonstranten war bereits in Höhe des Platzes, als auf einmal eine Stodung entstand. Der größte Teil der Ordnung befand sich an der Spitze, ein kleiner Teil von ihnen lief dauernd an den entlosten Reihen auf und ab.

Die Stimmung hatte sich so gelagert, daß die Massen im Nu handten. Ein paar dunkle Gestalten benutzten diesen Moment zu der Aufforderung, dem einheimischen Volk zu Liebe zu gehen. Der verdriehte sich darauf schleunigst in die Richtung der Steinwände.

Eine zeitweilige Unordnung entstand. Einige Tausend Menschen drängten sich auf der Straße und vertrieben sich auf die eine Hälfte des Platzes. Es ist noch anzunehmen, daß die eigentliche Wache gute zwei Minuten vom Steinplatz entfernt liegt, von einer Bedrohung dieser Wache, wie später behauptet wurde, zu diesem Zeitpunkt also überhaupt keine Rede sein konnte, zumal das Gebäude, in dem sie sich befindet, vom Platz aus überhaupt nicht sichtbar ist.

Man geschah etwas, was die Aufhänger der Polizei deutlicher erkennen ließ.

Am Anfang der Zugangsstraße zur Wache erschienen plötzlich etwa 50 Polizisten unter der Führung eines Kommissars. Die Revolver steckten sie läufigbereit in den Händen. Sabel wankten, Kommandos wurden erteilt.

Kein verantwortlicher Funktionär wäre im mindesten auf den Gedanken gekommen, die Menge zu irgendeinem öffentlichen Vorgange zu veranlassen. Die Anweisungen lauteten einheitlich, die Demonstration unter Schlägen und Prügel auf dem Steinplatz zu beenden.

Was sich jetzt in den nächsten Minuten abspielte — ich war in der Lage es aus nächster Nähe zu beobachten — hat aller Beschreibung.

Ein, zwei Schüsse fielen aus der dahenden Menge. Sofort ent-

stand eine Panik. Einige Ordner stürzten auf die Gruppe los, aus der die Schüsse kamen, ein paar verunglückte Schallten brachten sich verbietet. Einer wurde festgehalten. Die Patronen, die am Boden lagen und sorgsam aufgehoben wurden, fielen sich nachher als blind heraus.

Man kann sich vorstellen, welche Wirkung die weithin hörbaren Schüsse auf den entlosten Zug ausübten. Die unglücklichsten Geräusche schwirten sofort in dem Teil der Massen herum, der die Vorgänge nicht beobachten konnte.

Einige Arbeiter prügelten auf dem Prospekt herum. Trotz alledem machten die Ordner die größten Anstrengungen, die Disziplin aufrecht zu erhalten. Die Menge drückte jedoch heftig nach. Eine rasche Bewegung entstand. Die Massen schauten sich mehr und mehr an der Stelle. Immer neues kamen herzugehrt. Möglichst schlugen von neuem Kommandos aus der Richtung der Steinwände an unser Ohr und gleich darauf das Knattern zweier Pistolenkugeln.

Rechts und links stürzten die Opfer dieser Polizeiaktion. Eine furchterliche Erregung bemächtigte sich des Platzes. Die Menge schickte zum Teil in die Seitenstraßen. Das hintere Ende des Juges drängte nach. Frauen und Kinder fielen auf die Straße.

Die Polizisten hielten jetzt mit Gefühl unter die überlästigten Demonstranten, schloßen und schlugen sinnlos dazwischen.

Wir waren irgendwo am Schlagsplatz hinzugehrt und kamen gerade in die Polizeistadt hinein. Wir knapper Wege retteten wir uns mit mehreren anderen in einen schräg dem Platz gegenüberliegenden Hofraum. Wir packten einige dort herumliegende Knäuel und beschloßen schon jährenstündlich, unser Leben so teuer wie möglich zu verkaufen, als sich die Polizei kurz darauf wieder zurückzog.

Es herrschte Totenstille auf einmal. Aber kein Mensch verließ sich. Mit einer scharflich ammutenden Fähigkeit sah sich die Masse langsam wieder aus den angrenzenden Straßen vorwärts.

In ihrem Angestand standen die Polizisten in der Steinstraße, schauend auf ihre Säbel geföhrt, von der Blutarbeit erschöpft. Es begann dann ein richtiges Käse- und Messerspiel. Alle zehn Minuten erfolgte ein neuer Vorstoß der Polizei, der stets nutzlos wirkungslos blieb. Danach schob sich die Menge stumm, läche und verbissen, wie hypnotisiert von den Revolverläufen, wieder bis zum Platz vor.

Neben mir hielten einem großen, starken Arbeitsmann, der noch seine Habrillade anhatte, Tränen der Wut in den Bart.

„Für einen Karabiter, eine Pistole!“ schrie er zwischen den Zähnen. „Sich von diesem feigen Sünderhauften wehrlos ab-schlachten lassen zu müssen!“

Und alle die Tausende mischten es nach: Waffen und noch einmal Waffen! Um jeden Preis!

„Ihr Leben hätten sie gegeben, dies Leben, das feins war, für einen Revolver und ein paar Patronen!“

Die Massen hatten es begriffen. Der Weg aus dem Gend führt unabänderlich durch den bewaffneten Kampf. Sie hatten die Würzel ihrer Ohnmacht erkannt. „Stillschweigend, in verbissener Wut, haben sie wieder einmal, wie der Volksstamm, den sie geschaffen hatten, um der Interessen einiger weniger willen ihre eigenen Brüder hinstadete.“

Das Wären von den „Helden an der Ruhr“ war an diesem Tage für sie endgültig zerbrochen.

Die Jugend aber war an der Spitze!

Das Dortmund Proletariat hat eine Kampftradition. Es mochte sich auch diesmal wehren, das war kein gutes Recht. Ein paar alte Revolver erschienen plötzlich. Viel zu wenig gegen die zahlreichen Waffen der Polizei. Ein paar tüchtige Revolutionäre, wie sie das Proletariat stets in solchen Fällen aufzuweisen hat, erwiderten hier und da das sinnlose Schießen der Polizei.

Von einem konzentrischen, organisierten Angriff auf die Wache zu reden, wäre Uninn gemein. Dieses Wären blieb dem Polizeipräsidium später in seinen Lebensberichten überleben. Aber die Menge mochte sich begrifflichweise nicht grundlos über den Hausen schließen lassen. Seine wurden aus dem Straßenpflaster ge-schoben. Es gibt auch Helben, die mit Steinen werfen. Ich habe gesehen, wie beim Rathenau-Wald über drei mit Todeserwartung ein halbes Hundert mit Maschinenpistolen ausgerüstete Polizisten in Schach hielten und auf einer Unterführung auf diese Weise der wehrlosen, flüchtenden Masse den Rückzug bedien. „Donner-wetter“, hörte ich damals einen Bürger, der sich mit gelindem Grinsen dieses Bild betrachtete, zu seinem Begleiter sagen, „wenn diese Kerle die Gewehre „unserer“ Schupo hätten, es ginge hier hundsmiterabel!“

(Fortsetzung folgt.)

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inferenten

Sanitas-Bad
 Gr. Steinstraße 15, part. (Gingang Mittelstraße)
 Telefon 6122
 Vollständig neu eingerichtet
Bäder für Krankenkassen
 Geöffnet für Damen und Herren
 von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr

TABAKWAREN
 nur Qualitätsware in enormer Auswahl zu niedrig. Preisen
 kaufen Sie in den Spezialgeschäften von
Otto Mertens
 Gr. Steinstraße 32
 Wiser Markt 3
 Freiimfelde Str. 10
 Telefon 5150

Ihr sollt bei **Sobel** kaufen, weil er billig ist

Most-Pelze
 sind gut und billig! Kein Waden, deshalb bedeutende Ersparnisse für den Käufer
Karlstr. 17
 (Ecke Sophienstraße)
 Salestelle der Winter 6 u. 8



Mag Altermann Halle a. d. Saale
 Bernburger Straße 31
Billigste Bezugsquelle für Schuhwaren
 Herren, Damen- u. Kinderartikel vom einfachsten bis zum elegantesten
 Gediegenste Bedienung

Elektrische Licht-, Kraft- u. Signalanlagen
 jeder Größe. — Zentralen- und Ortsnetze
Kurt Jähmig, Dryanderstr. 9
 Telefon 1255, 1937

Empfehle für diese Woche:
prima Rohfleisch sowie sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte
Margit Thurm, Rohfleischerei Reifstr. 10
 Tel. 6507

Wilhelm Janssen
 Halle a. d. Saale
 Liebenauer Straße 162
Woll- und Kurzwaren
 Tricotagen
 Bettwäsche u. Inletts
 Bettfedern von 1,35 Mt. an
 Wollgarn von 0,75 Mt. an

Willy Horn
 Schöbels Nachf.
 83 Leipzigerstr. 83
Schuh- u. Filzwaren
 preiswert und gut

Restaurant Franz Teichmann
 Glauchaer Straße 32
 Reichhaltige Auswahl in Speisen u. Getränken

Spielwaren
 in-stell. Spielbühnen und -tische
Musikwaren
 stets vorrätig Schallplatten
Karl Albrecht, Halle 6.
 Alter Markt 3

Max Ott, Halle a. S.
 Steinweg 26
Drogen, Farben, Seifen

Zigarren Zigaretten, Tabake
Otto Mucha
 Großhandlung
 Ledenfeldstr. 12 Telefon 1730

Belzwaren
 kauft man billig und gut bei
Franz Halle
 Gr. Steinstraße 13, Eing. Mitte Str.

Billigste Bezugsquelle für
Haushaltungs- und Spielwaren
S. H. Schönbach
 Schmeerstr. 1

Drogen, Chemikalien
 Farben, Lacke, Klebstoffe, Pinke
 Haushalt- u. Wäscheartikel
Bruno Pretzsch
 Halle S., Moritzwinger 1
 Fernsprecher 3350

Neuheiten in
Hüten und Mützen
 für Herren und Knaben
 Oberhemden, Kragen, Kravatten
Wiener Hutbazar
 Schmeerstr. 14
 Schmeerstr. 14

Goldene Sieben
 Halle a. d. Saale
 Dessauer Str. 2b, Steinweg 30, Inanmitr. 7
 Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Damenhüte
 kauft man gut und billig bei H. Hoppe
Kuhgasse
 Vorzeiger dieses Blattes erhalten
10 Prozent Rabatt

Woll- u. Weißwaren
 Schürzen, Strümpfe usw.
 und viele Bedarfs-Artikel
 empfiehlt billigst
A. Kunz, Hallmarkt

Fahrräder
 Triumph, Panther, Presto, Victoria
 Reparaturwerkstatt für alle Fabrikate
 Zahlungs-erleichterungen
Paul Krause, Kl. Ulrichstr. 18

Mitteldeutsches - Brennstoff-Kontor
 Deigauer Str. 6, G. m. b. H. Deigauer Str. 6
 Kohlen- u. Brennstoff-Großhandlung
 liefert
Michel - Brikket
 anerkannt beste Marke

Kaufen Sie Ihre
Schuhwaren
 beim Fachmann
W. Gregor
 Schuhmachermeister
 Landsberger Str. 55

Gartenwaren, Werkzeuge, Landbedürfnisse, Haushaltungsgeräte, Nadeln und Herde
Georg Lemme
 Deigauer Straße 11

Fertige Betten, Inlett-Stoffe Bettfedern
 liefert bejonders billig
Krebs & Co., Pfännerhöhe 4, part.

Alle Parteigenossen und Arbeiter decken ihren Schuhbedarf
 Billigste Preise im
Massenschuhverkauf
 Im Gewerkschaftshause Marz 42-44
 Mittel-Rhein. Schuhwaren-Handels-Ges. m. b. H. Halle a. d. S.

Carl Saag, Halle a. d. S.
 Drogerie Rannischestraße 6 Parfümerie
 empfiehlt
Seifen, Parfüms, Kölnische Wasser Toilette-Artikel, Bejen u. Bürstenwaren

Zigarren, Zigaretten und Tabake
 kaufen Sie billigst bei
E. Helbing
 22 gr. Zeilstraße 10 teilw.
 Telefon 1825

Rohschlächtere Max Zaubitzer
 Steinweg 53
 empfiehlt häufig:
 Prima fettes Rohfleisch und defennte gute Wurstwaren.
 100g. warme Schinken u. h. Schinken
 Ein Pflaumen
 Gute Bier u. lgt. warme Spülen